

Das Pariser Manifest.

Eine Zukunft für die Sozialdemokratie.

Von Jonas Freist-Held & Maximilian Krahe

Inhalt

Das Pariser Manifest .	3
Das Trilemma der Sozialdemokratie.	4
Die Sozialdemokratie seit dem 2. Weltkrieg.	4
Die Nachkriegsansätze sind erschöpft.	5
Ohne Utopie , keine progressive Politik.	7
Das Vakuum füllen andere.	8
Eine neue Utopie.	9
I. Entfaltung , Baby!	9
Bildung, die bildet.	10
Kultur: Puls des Lebens.	11
Zusammen. halt.	12
II. Vom Kopf auf die Füße: Die Wirtschaft der Zukunft.	14
Automatisierungsentfesselungsplädoyer.	14
Bonjour bedingungsloses Grundeinkommen.	16
Eine neue Geldpolitik.	17
III. Demokratie erneuern.	19
Offen. Digital. Demokratisch.	20
Du, der Demos.	21
Bitte Nachrichten!	22
IV. Mehr Europa. Wirklich	24
Zurück in die Zukunft.	24
Ehrgeizig. Ehrlich.	27
#morgenmachen	30

Das Pariser Manifest.

„*Nichts ist absolut.*“ Frida Kahlo

Paris, Dezember 2016. Auf einer Weihnachtsfeier entspringt die Idee, gemeinsam ein kurzes Diskussionspapier über Zustand und Zukunft der Sozialdemokratie zu schreiben. Wir finden: die Sozialdemokratie — so lange richtungsweisend, ob an der Macht oder nicht — wird getrieben, statt Antrieb zu sein. Sie ist visionslos. Und das gerade jetzt, in Zeiten so tiefer Umbrüche, so großer Chancen! Wir sind uns einig: das sozialdemokratische Versprechen auf ein Leben in Wohlstand, Würde und Frieden ist nach wie vor hochaktuell. Doch damit es wieder glaubwürdig wird, müssen wir es neu denken. Aus dem kurzen Diskussionspapier wird ein monatelanges Projekt.

Die Zukunft Europas, Klimawandel, Digitalisierung, orwellsche Überwachungstechnologien, die Transformation der Arbeitswelt, der wuchernde Finanzmarktkapitalismus, demographischer Wandel, der Kampf um die Informationshoheit, die Verrohung der Debattenkultur, eine Globalisierung, die uns alle verbindet, aber neue Ausgrenzungs- und Besitzwahrungsreflexe provoziert. Die Herausforderungen rollen von der Zunge. In großen Sonntagsreden breiten Politikerinnen diese aus. Nur: danach passiert...nichts!

Wir haben es satt. Das Abwarten. Die Lethargie. Die Ambitionslosigkeit. Sind uns Leidenschaft, Kreativität, Mut und Willenskraft denn völlig abhandengekommen? Können wir Chancen und Herausforderungen nicht anpacken und sie in unserem Interesse gestalten, anstatt immer nur zu reagieren? Natürlich können wir! Der vorliegende Beitrag ist ein erster Schritt.

Mit diesem Manifest wollen wir anregen, provozieren, inspirieren; die Grenzen des Denkbaren und des Machbaren verschieben. Wir stellen Ordnungen, Hierarchien und Gesinnungen in Frage, die in unserer heutigen Gesellschaft selbstverständlich geworden sind: Muss die Vermehrung von (Human)Kapital so eine erdrückende Bedeutung einnehmen? Ist gesellschaftliche Teilhabe nur durch Erwerbsarbeit möglich? Stehen wir nicht vielleicht an der Schwelle eines technischen Wandels, der uns nicht nur wirtschaftlich, sondern *gesellschaftlich* völlig neue Möglichkeiten beschert? Können wir uns nicht von der Epoche, in der das Geldverdienen und das Reichwerden alle anderen Lebensentwürfe an die Seite drängt, emanzipieren?

Mit diesem Manifest wollen wir zeigen, dass es durchaus möglich ist, alternative Gesellschaftsideen zu skizzieren. Es gibt Alternativen zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Würde, Wohlstand und Frieden: darauf aufbauend umreißen wir ein kohärentes Gesellschaftsbild und bieten einen konkreten Gegenentwurf an.

Aber: kein Gesellschaftsbild ist vollkommen, keine Politik alternativlos. Hinterfragen, weiterspinnen, verwerfen: Macht mit! Das Wichtigste ist uns: Wir streiten endlich wieder öffentlich über die Zukunft unserer Gesellschaft. Über eine Gesellschaft, in der wir auch in Zukunft gut, sicher und frei – kurz: in Würde, Wohlstand und Frieden – leben können.

Das Trilemma der Sozialdemokratie.

**„Heute sieht es so aus, als seien die utopischen Energien aufgezehrt (...).
Der Horizont der Zukunft hat sich zurückgezogen und den Zeitgeist wie die
Politik gründlich verändert.“**

Jürgen Habermas

Die Sozialdemokratie steckt in einer tiefen Malaise. Warum? Kommunikations-, Organisations-, oder Mobilisationsstrategie? Fehler auf der taktischen Ebene allein können es nicht gewesen sein. Der SPD, Parti Socialiste, PASOK, PSOE Partito Democratico und SPÖ ergeht es ähnlich, trotz teils sehr unterschiedlicher taktischer Entscheidungen. Die Malaise der Sozialdemokratie ist gesamteuropäisch. Die Ursachen liegen also tiefer.

Die Sozialdemokratie steckt heute in einem Trilemma drei schlechter Optionen:

1. Ausrichtung auf Bewahrung von Arbeitsplätzen und Erkämpfen einer gerechteren, würdevolleren, solidarischeren Gesellschaft — aber auf Kosten unseres wirtschaftlichen Fundaments und des ökologischen Gleichgewichts; oder
2. Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum durch Flexibilisierung — aber, wie seit spätestens der Wirtschaftskrise klar, auf Kosten von sozialem Zusammenhalt, Gerechtigkeit und einer immer härter werdenden Ellenbogengesellschaft; oder
3. Ausrichtung auf Sach- und Identitätspolitik — aber auf Kosten der gesamtgesellschaftlichen Vision und dem Anspruch, eine Volkspartei zu sein.

Die Sozialdemokratie seit dem 2. Weltkrieg.

Was war das philosophische Fundament sozialdemokratischer Politik seit dem 2. Weltkrieg? Der knappste Abriss reduziert es auf drei Grundwerte: erstens, die praktische Realisierung und Wahrung der Menschenwürde (*Würde*).¹ Zweitens: Die langfristige und nachhaltige Steigerung unserer wirtschaftlichen Produktivität (*Wohlstand*).² Drittens: Die Sicherung eines Lebens in Frieden.

¹ Dieses abstrakte Ziel hat sich im Laufe der Jahre widergespiegelt in solchen praktischen Zielen wie Vollbeschäftigung, um Menschen vor der Würdelosigkeit von Arbeitslosigkeit zu schützen; Gleichberechtigung, um die Würde der Frau, von religiösen oder ethnischen Minderheiten, oder von anderweitig unfair benachteiligten Menschen zu garantieren; Umweltschutz, um auch zukünftigen Generationen ein Leben in Würde zu ermöglichen; Außenpolitik und Entwicklungspolitik, um niemandem den Schmerz eines Krieges oder das dauerhafte Leben in unwürdigen (politischen oder wirtschaftlichen) Zuständen zuzumuten.

² Dieses Ziel erscheint auf den ersten Blick weniger fundamental als das Erste, wurde aber z.B. von der SPD auf dem Godesberger Parteitag als unabdingbar erkannt. Korrekt, denn: ohne eine hinreichende wirtschaftliche Basis können nur einige Wenige ein würdevolles Leben führen. Politik verkommt so zum Verteilungskampf.

Würde und Wohlstand stehen in einer grundsätzlichen Spannung: Wohlstandsvermehrung ist ohne Produktivitätssteigerung nicht möglich. Das bedeutet immer wieder das Aufschütteln – oft sogar das Zerstören – konkreter Lebenswelten. Arbeitsplätze werden zwar im besten Falle in dem Maße neu geschaffen, in dem alte wegfallen. Im Regelfall entstehen sie jedoch in anderen Branchen, für andere Ausbildungsprofile, also für andere Menschen.

Diese Spannung hat die Sozialdemokratie seit dem 2. Weltkrieg mit zwei Ansätzen versucht aufzulösen. Während der keynesianisch geprägten Ära wurden Vollbeschäftigung und die Stabilität von existierenden Lebenswelten in den Vordergrund gestellt. Dieses Rezept führte zu einem jahrzehntelangen, bemerkenswerten Erfolg (“Wirtschaftswunder, Trente Glorieuse” etc.), verlief sich aber in den 70er Jahren in wirtschaftlicher Verkrustung, wachsender Inflation und steigender Arbeitslosigkeit. Es erwuchs ein Reformstau.

Der zweite Versuch, diese Spannung zu lösen, folgte in den dreißig Jahren darauf: Statt sozialer Stabilität stand nun Flexibilisierung im Vordergrund. Damit einher ging die Hoffnung, dass erneut Würde (vor allem durch niedrigere Arbeitslosigkeit) und Wohlstand gleichzeitig realisierbar seien. Diese Neuausrichtung der Sozialdemokratie wurde sowohl in selbst initiierten Reformschüben³, als auch in teilweise bemerkenswerter wirtschaftspolitischer Kontinuität nach der Ablösung konservativer Vorgängerregierungen sichtbar.⁴

Die Politik der Flexibilisierung und der Deregulierung führte vor allem in Deutschland und dem Vereinigten Königreich – aber auch in den USA – zu geringerer Arbeitslosigkeit, niedrigerer Inflation und zu einer Modernisierung und Neuausrichtung der Wirtschaft. Die Grenzen dieses Ansatzes sind jedoch spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 offensichtlich: Die wachsende Ungleichheit, der damit einhergehende Verlust von Solidarität und Gemeinschaftsgefühl; das Entstehen eines neuen Prekariats – sichtbarer in Lebensrealitäten sowie Wahlentscheidungen als in offiziellen Arbeitslosenzahlen – und selbst für die Sieger in diesem immer härteren Wettbewerb, ein stetig wachsender Zeit- und Leistungsdruck, der ein würdevolles Familien- und Privatleben immer schwieriger macht.

Die Nachkriegsansätze sind erschöpft.

Eine unilaterale Rückkehr zum ersten Ansatz ist schwierig: Internationale und Europäische Integration, und vor allem der technische Fortschritt, den wir weder zurückdrehen können noch wollen, verbieten uns diesen Ansatz. Doch auch der zweite Ansatz hat sich als Sackgasse erwiesen: Sture Flexibilisierung ohne Rücksicht auf wachsende Unsicherheiten, Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ist gescheitert.

Die bittere Wahrheit ist: Die Sozialdemokratie steht heute in ihrem Kernthema – gesamtgesellschaftlicher Wirtschaftspolitik – nackt da. Sie ist visionslos. Der Anspruch,

³ z.B. Mitterrands *Tournant de la Rigueur* (1983), Clintons *Ending Welfare as we know it* (1996), oder die *Agenda 2010* (2003-5).

⁴ z.B. Blairs (eingehaltenes) Wahlversprechen von 1997, zwei Jahre lang den Budgetplänen der konservativen Vorgängerregierung zu folgen.

Würde und Wohlstand gleichzeitig zu ermöglichen, ist im jetzigen Rahmen zum Scheitern verurteilt. Die Wahlergebnisse sprechen eine eindeutige Sprache.

Eine Abwendung von diesem Kernthema ist zwar möglich, birgt aber das hohe Risiko, dauerhaft den Status einer Volkspartei zu verlieren. Gender, Religion, Identität und Minderheitenrechte: ein solcher Ansatz, wie mit dem Berliner Programm 1989 versucht, birgt viel Gutes, vor allem da er die Universalität des Würdebegriffes deutlich ernster nimmt als ihm Vorangegangenes. Aber *nur* mit Identitätspolitik lässt sich keine Mehrheit schmieden.

Die SPD hatte immer eine Art Brückenfunktion - zwischen denjenigen, denen es gut geht und denen, die ins Abseits abgedrängt zu werden drohen oder sich bereits dort befinden. Doch heute gelingt es ihr nicht mehr, diese Brücken zu schlagen.

Die Sozialdemokratie steckt also im eingangs beschriebenen Trilemma. Die Wählerinnen spüren das. Was tun? Um diese Frage beantworten zu können, folgt ein kurzer Exkurs.

Ohne **Utopie**, keine progressive Politik.

„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“

Willy Brandt

Politik muss den Menschen ein Gespür, ein Gefühl, einen Sinn dafür vermitteln, wohin sich unsere Gesellschaft bewegen soll. Das erfordert Mut und das erfordert eine Vision. Mut, den die Sozialdemokratie historisch oft bewiesen hat. Eine Vision, die heute fehlt.

Wo die Politik keinen Gestaltungsanspruch formuliert, entsteht Raum für Reaktionäre. Dabei kann, soll und muss sozialdemokratische Politik die Gegenwart im Hinblick auf die Zukunft gestalten. Sie kann, soll und muss eine Gesellschaftsvorstellung formulieren, die Würde, Wohlstand und Frieden erneut in den Mittelpunkt rückt. Damit klar wird: *Das* treibt Sozialdemokraten an. Für *so eine* Politik wollen wir werben, streiten, begeistern.

Demokratische Politik muss die Menschen mitnehmen. Sie muss um ihr Vertrauen werben. Sie muss in einem öffentlichen Diskurs unterschiedliche Handlungsoptionen formulieren und gegeneinander abwägen.

Gute Politik muss auch in schwierigen Zeiten zu ihren Überzeugungen und Werten stehen. Keiner andere hat das so sehr verkörpert, wie Otto Wels, als er 1933 seine berühmte Rede gegen das Ermächtigungsgesetz hielt – entgegen der politischen und gesellschaftlichen Stimmung im Land. Ein starkes Plädoyer für die Würde jedes Menschen und ein Grundsatz, der die Dunkelheit der Nazizeit überdauerte und heute das Grundgesetz prägt. Auch Willy Brandt bewies diesen Mut: In Zeiten des Kalten Krieges suchte er unermüdlich zwischen all den Unterschieden die Gemeinsamkeiten. Mit Erfolg! Für seinen politischen Mut und seinen Kampf für eine friedliche Gesellschaft wird er bis heute verehrt. Und ohne den politischen Mut der Gründerväter der Europäischen Union wäre auch diese damals utopische Vision eines in Frieden vereinten Europas nie möglich gewesen. Die Geschichte zeigt also: politischer Mut lohnt sich, selbst wenn die Gegenwart schwierig, gar aussichtslos erscheint.

Dieser Mut, in Zeiten von nationalen und internationalen Krisen und Herausforderungen, Politik selbstbewusst und energisch zu gestalten, den Anspruch zu formulieren, das Unwahrscheinliche möglich zu machen, ist uns abhandengekommen. Eingeholt von Krisen reagiert die Politik zunehmend nur noch. Öffentliche Debatten über richtungsweisende Entscheidungen werden demobilisiert, Entscheidungen im Eiltempo in kleinen Kreisen verhandelt. Das hat das Verständnis für demokratische Prozesse, ihre Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in sie stark geschädigt. Die Problemlösungskompetenz der Politik in “unübersichtlichen” Zeiten scheint zu schwinden. Europapolitik, Finanzkrise, Griechenland-Rettung, Flucht und Asyl, Steuerreformen, Arbeitsmarktpolitik: Die Rhetorik der Alternativlosigkeit hat in den letzten Jahren die Politik geprägt. Sie hat die Menschen in

ihrem Glauben, die Politik könne die Zukunft positiv gestalten, enttäuscht. Die Politik hat sich in einem Narrativ der Krisen verfangen.

Doch: Dauerkrise und Internationalisierung sind Alibis.⁵ Große und unübersichtliche Herausforderungen gab es schon immer. Habermas bringt es auf den Punkt: „Unübersichtlichkeit ist indessen auch eine Funktion der Handlungsbereitschaft, die sich eine Gesellschaft zutraut.“

Das Vakuum füllen andere.

Wo die Zukunft keine Sicherheit gibt, tun es augenscheinlich die Reaktionären. Sie glorifizieren vergangene Zeiten. Zeiten, in denen die Welt übersichtlicher, die Herausforderungen lösbarer erschienen. Die beschworene Nostalgie gibt vielen Menschen Halt, die unsicher und ungewiss in die Zukunft blicken. In dieser Wunschwelt setzen sie sich gegen das vermeintlich Unübersichtliche, Unbekannte zur Wehr (Migration, Globalisierung, Digitalisierung) – selten produktiv, manchmal gewaltsam.

Progressive Politik muss durch das Ausformulieren ihres Gestaltungsanspruchs Richtung vorgeben und so die Entstehung dieses Vakuums verhindern. Glaubwürdige und selbstbewusste Handlungsbereitschaft gibt der Politik ihre Übersichtlichkeit zurück. So entsteht Vertrauen.

Diesen Anspruch zu formulieren fordert Mut. Mut, den die Sozialdemokratie in der Vergangenheit gezeigt hat. Mut, mit dem sie heute eine neue gesellschaftliche Vision, eine Utopie formulieren könnte. Eine, die ihrem Anspruch, ein Leben in Wohlstand, Würde und Frieden zu ermöglichen, gerecht wird.

Dabei ist klar: Eine solche Utopie ist weniger ein Ziel als ein Motor. „Eine Utopie ist wie der Horizont. Im selben Maße, wie man sich ihm nähert, weicht er zurück und bleibt unerreichbar. Aber aus einem ganz bestimmten Grund: Damit wir gehen.“, schreibt der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano. Und genau das ist die historische Aufgabe der Sozialdemokratie: die Menschen zum Gehen zu ermutigen.

Der Ausgang aus dem eingangs beschriebenen Trilemma führt also über die Formulierung einer neuen sozialdemokratischen Utopie. Unsere Gesellschaft verändert sich. Unsere Träume, unsere Visionen, unsere Utopien müssen es ebenfalls, wenn wir nicht von Entwicklungen überrollt werden wollen. Im dritten Teil dieses Papiers stellen wir die Umriss einer neuen Utopie vor.

⁵ Auf der einen Seite gibt es genug Beispiele von konkretem Handeln inmitten von Krisen und trotz vermeintlicher internationaler Konsequenzen. Merkels und Steinbrücks Sicherung der Spareinlagen; die Verstaatlichung der Commerzbank; Merkels 'Wir schaffen das'; die Energiewende und der Atomausstieg. Auf der anderen Seite: auch internationale Regeln sind Menschen- und Staaten-gemacht. Aus gutem Grunde war die Sozialdemokratie immer eine *internationale* Bewegung: wo Hindernisse also tatsächlich national unlösbar sind, gilt es sich international (wieder) zu organisieren, anstatt vor der Internationalität der Probleme zu kapitulieren.

Eine neue Utopie.

„Zum ersten Mal seit seiner Erschaffung wird der Mensch damit vor seine wirkliche, seine beständige Aufgabe gestellt sein – wie seine Freiheit von drückenden wirtschaftlichen Sorgen zu verwenden, wie seine Freizeit auszufüllen ist, die Wissenschaft und Zinseszins für ihn gewonnen haben, damit er weise, angenehm und gut leben kann.“

John Maynard Keynes

Würde und Wohlstand bleiben die Basis dieser Gesellschaftsutopie. Sie sind die Grundlage für die hier formulierten Antworten auf die technologischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Diese Vision entsteht aus der Kombination dieser Grundwerte und der Überzeugung, dass wir unbewusst bereits heute vor der Herausforderung stehen, die Keynes 1930 formulierte: mit hinreichendem politischem Willen könnte man schon bald unsere Gesellschaften so organisieren, dass der größte Teil der Menschen frei von “drückenden wirtschaftlichen Sorgen” wäre.

Daraus ergeben sich neue, zentrale Herausforderungen für unsere Zeit: Was gibt Menschen Sinn und Struktur im Leben, wenn Erwerbsarbeit an Bedeutung verliert? Was hält dann die Gesellschaft zusammen? Wie können Menschen in einer solchen Welt in Würde und Wohlstand zusammenleben?

I. Entfaltung, Baby!

„Freiheit bedeutet, dass man nicht unbedingt alles so machen muss wie andere Menschen.“

Astrid Lindgren

Arbeit hat in dieser Gesellschaftsutopie nach wie vor eine wichtige Stellung. Aber wir wollen ihr andere Entfaltungsmöglichkeiten zur Seite stellen, um der Vielfalt menschlicher Veranlagungen gerecht zu werden.

Antrieb jeder Politik ist ein bestimmtes Menschenbild. Im Herzen des Neoliberalismus steht der Homo Oeconomicus, dessen einziges Ziel die Maximierung seines (Human)Kapitals ist. Unsere Gesellschaft hingegen ist vom aristotelischen Menschenbild geprägt: die Erfüllung des Menschen als Entfaltung seiner vielfältigen Veranlagungen.

Der Neoliberalismus macht Karriere und Geld zum Sinn des Lebens, zum Maßstab des Überlebens. Lohnarbeit wird so unumgänglich zum Kern des menschlichen Daseins. Für viele Menschen bietet Erwerbsarbeit Raum zur Entfaltung. Ein Beruf ist für viele Berufung, stiftet Sinn oder leistet soziale Integration. Für andere jedoch führt Erwerbsarbeit durch ihre dominierende Stellung zu gesellschaftlicher Exklusion und Entwürdigung. Wer das Hamsterrad nicht am Laufen hält, wird besonders stigmatisiert, z.B. Arbeitslose. Doch auch wer Arbeit hat, ja sogar die vermeintlichen Gewinner auf dem Arbeitsmarkt, werden oft entwürdigt: ob durch Niedriglohn, ewige (oft unbezahlte) Praktika, gnadenlosen Konkurrenzdruck, prekäre Beschäftigung oder den Zwang zur permanenten Verfügbarkeit. Wie Efeu breitet sich diese Logik unaufhaltbar aus, ergreift immer neue Lebensbereiche und vereinnahmt sie.

Als Gegenentwurf dazu rücken wir die Erwerbsarbeit aus dem Zentrum. Der finanzielle und zeitliche Druck nimmt ab. Wir schaffen mehr Freiraum für nicht-erwerbsorientierte Entfaltungsmöglichkeiten, denen viele Menschen vielleicht schon heute gerne nachgehen würden, für die sie aber oft weder ausreichend zeitliche noch finanzielle Ressourcen haben. Kunst, Musik, Literatur, Sport, Spiel, Bildung, Wissenschaft, Philosophie, Pflege, Religion oder Brauchtum: Der Zwang, alle Lebensbereiche nach finanzieller Performance zu optimieren wird schwächer. Das ist ein großer gesellschaftlicher Fortschritt: Der Mensch ist ein schöpferisches Wesen. Wir fühlen uns dann am wohlsten, wenn wir unsere vielfältigen, unterschiedlichen Talente und Fähigkeiten ausüben und entwickeln können — und dafür gesellschaftliche Anerkennung erhalten.

Um diesen Wandel denkbar zu machen, müssen wir Bildung, Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt — heute allesamt auf die Erwerbsarbeit ausgerichtet — auf eine neue Basis stellen.

Bildung, die bildet.

„Bildung ist etwas Wunderbares. Doch sollte man sich von Zeit zu Zeit daran erinnern, dass wirklich Wissenswertes nicht gelehrt werden kann.“

Oscar Wilde

Durch Bildung entfaltet sich der Mensch in seinem Dasein. Nicht umsonst heißen wir Homo Sapiens — der kluge Mensch. Daher wollen wir weg von dem Gedanken, die Hauptaufgabe unseres Bildungssystems sei die Produktion arbeitsmarktfähiger Menschen. Basierend auf dem humboldtschen Ideal muss Bildung der Gesamtheit des Menschen gerecht werden. Der Mensch soll frei sein, akademische, künstlerische, handwerkliche und sportliche Talente zu entwickeln und zwar ein Leben lang. (Aus-)Bildung nicht nur als Mittel, sondern als Zweck seiner selbst: Dieser Anspruch ist das Herz unserer Bildungsvision.

Zur Inspiration zwei konkrete Überlegungen:

1. Warum stellen wir uns Bildung immer als Block zu Beginn des Lebens vor? Das ließe sich aufbrechen: Durch die Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres während der Schulzeit oder Ausbildung, zum Beispiel nach Abschluss der 10. Klasse. Bedachtsam ausgestaltet stärkt es den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gibt jungen Menschen die Gelegenheit, etwas über sich selbst und die Gesellschaft zu lernen.
2. Und warum steht danach überwiegend die Arbeit im Mittelpunkt? Wir wollen später im Leben Raum zur persönlichen Entfaltung schaffen, auch in und durch Bildung. Nach sieben Jahren Einzahlung (z.B. 10 Prozent des Lohns) haben Menschen Anspruch auf ein Sabbatjahr mit anteiligem Gehalt (70 Prozent). Kochen, Reisen, Rappen; Lesen, Forschen, Schreiben; Musizieren, Tanzen, Turnen; Tischlern, Beten, oder sich weiterbilden: Menschen können Interessen ausleben, Neugier stillen, ihren Horizont erweitern, tun, was ihnen wichtig ist.

Kultur: Puls des Lebens.

„Neugier und Erfindungsgeist werden frei, wenn die Angst besiegt ist, und der Mensch schreitet aus natürlichem Antrieb dem Verständnis und der Verschönerung des Lebens entgegen.“

William James Durant

In dieser Utopie fällt die zentrale Rolle von Erwerbsarbeit weg. Das gibt Menschen neuen Raum, ihr Leben frei zu gestalten. Damit Menschen in diesem Freiraum Orientierung finden, sind aber neue Rollenbilder, Meilensteine und Lebensziele nötig.

Bereits heute arbeiten schon viele Menschen im kulturellen Bereich. Wir wollen diesen Bereich stärken, und gleichzeitig kulturelle Tätigkeiten auch für die Menschen öffnen, die sich beruflich nicht dazu berufen fühlen, aber gerne mehr Zeit dafür aufbringen würden. Mehr als heute finden Menschen in Theater, Musik, Kochen, Sport, Brauchtumpflege, Graffiti, Literatur, Fotografie, Kunst, oder Architektur — die Liste könnte beliebig erweitert werden — Sinn, Struktur und gesellschaftliche Anerkennung.

Menschen definieren sich nicht mehr allein über ihre Erwerbsarbeit, sondern auch über kreative, nicht erwerbsorientierte Tätigkeiten. Diese werden fester Bestandteil des öffentlichen Lebens. Damit dies geschieht, darf Kultur nicht bloß ein Angebot von und für die Oberschicht, Bildungsaffine oder Kulturschaffende sein, sondern muss die Menschen überall

abholen, gerade dort, wo ihr Umfeld ihnen gegenwärtig keinen natürlichen Zugang zu Kultur gibt.

Schon heute wird Kulturförderung vielerorts groß geschrieben — doch andernorts massiv zusammengestrichen. Wir möchten die Finanzierung und Infrastruktur von Kulturangeboten flächendeckend ausbauen. Es geht aber vor allem um einen Wertewandel. Der Staat schafft den Rahmen — ausführen kann den Wertewandel aber nur eine aktive Zivilgesellschaft.

Zwei konkrete Vorschläge:

1. Gesetzliche Feiertage sind Ausdruck dessen, was in unserer Gesellschaft besonderer Bedeutung zukommt. Sie sind der Rhythmus des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Um den Wertewandel unserer Gesellschaft symbolisch zu manifestieren, führen wir neue Feiertage ein: einen Tag der europäischen Einigung im Frühjahr, einen Tag der Kultur im Sommer, einen Tag der Natur im Herbst und einen Tag der Menschenrechte im Winter.
2. Wir wollen kulturelle Förderung ausbauen und für die gesamte Gesellschaft zugänglich machen. Mit einem Kulturgutschein über 500€ zum 18. und 50. Geburtstag werden Menschen ermuntert, kulturelle Angebote (Theater, Kino, Literatur, Musikkurse etc.) wahrzunehmen. Damit findet eine indirekte, bürogesteuerte Subvention kultureller Angebote statt, von der die gesamte Bevölkerung profitiert.

Zusammen. halt.

***„Wir haben gelernt, wie die Vögel zu fliegen, wie die Fische zu schwimmen;
doch wir haben die einfache Kunst verlernt, wie Brüder zu leben“***

Martin Luther King

Die Umwälzung der Arbeitswelt, nicht zuletzt durch den Vormarsch der Automatisierung, lockert die Bindungen, die eine demokratische Gesellschaft zusammenhalten. Gerade in Zeiten, in denen Lebensrealitäten zunehmend auseinanderdriften, ökonomische Ungleichheiten und soziale Segregation zunehmen, ist ein aktives Zusammenleben und der rege Austausch unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen wichtig.

Das gilt im Kleinen wie im Großen: Der Einzelne muss den Anschluss an die Gemeinschaft behalten oder neu finden. Gleichzeitig müssen Verbindungen zwischen unterschiedlichen sozialen und kulturellen Milieus gestärkt werden, damit die Gesellschaft nicht zu einer Ansammlung isolierter Biotope verkommt.

Mit der Vision für Bildung und Kultur haben wir erste Ansätze diskutiert, wie neue Tätigkeitsfelder und Rollenbilder Raum für neue Begegnungen und gemeinsame Erfahrungen schaffen. Zusätzlich gibt das verpflichtende soziale Jahr Anlass für Menschen über Klassen- und andere soziale Grenzen hinweg, gemeinsame, verbindende Erfahrungen zu machen.

Hier drei weitere Vorschläge:

1. Offene, zugängliche Plätze, lebendige Cafés, erholsame Parks, ein Nahverkehr, der einen kostenlos von A nach B bringt, eine Nachbarschaft, in denen soziale Hintergründe so divers sind wie die Herkunft ihrer Bewohner, grüne Energie und eine Architektur, die ästhetische und funktionale Ansprüche vereint: wir brauchen eine ambitionierte Baukultur und Stadtplanung, die den Geist unserer Zeit widerspiegeln. Wo sozioökonomische Ungleichheit zu einer geographischen Segregation führt, wollen wir mit moderner Raumgestaltung und innovativen Techniken gegenwirken. Inspirationen gibt es Zuhaut: Öffentliche Piazze in Italien, fußgängerfreundliche Superrilles in Barcelona, grünes und soziales Wohnen in Freiburg, integrativer Nahverkehr in Kolumbien, Urban Gardening in Berlin oder ambitionierte Stadtentwicklungsprojekte in Paris.
2. Unsere demographische Struktur benachteiligt die Interessen der jungen Generationen. Wir brauchen eine faire Balance, damit der Zusammenhalt zwischen den Generationen erhalten bleibt und junge und alte Generationen nicht in Konflikt miteinander geraten. Daher senken wir das Wahlalter auf 16 Jahre – und stärken die Interessen junger Menschen und den Einfluss ihrer Lebensrealitäten auf die Politik. Gleichzeitig wird das Renteneintrittsalter flexibel gestaltet und Teilzeitmodelle für ältere Menschen ausgebaut. Wer länger arbeiten möchte, soll nicht in den Ruhestand gedrängt werden.
3. Um das gemeinschaftliche Leben zu stärken, werden an symbolträchtigen Tagen öffentliche Feste ausgerichtet, z.B. am Tag der europäischen Einigung: Tausende Städtepaare tauschen ihre lokalen Bräuche und Traditionen aus und feiern die Einheit in Vielfalt eines friedlichen Europas.

— II. Vom Kopf auf die Füße: Die **Wirtschaft** der Zukunft. —

„Nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Karl Marx

Die Sozialdemokratie muss wieder die größte Freundin und Fördererin technologischen Fortschritts sein. Der Automatisierung werden keine Steine mehr in den Weg gelegt. Sie wird entfesselt. Gleichzeitig verteilt ein bedingungsloses Grundeinkommen die Gewinne breit und solidarisch. Dahinter steckt ein Perspektivwechsel: Das Verschwinden von Arbeitsplätzen ist keine Bedrohung, sondern eine Chance, die Menschen mehr Zeit und Freiheit schenkt. So funktioniert die Wirtschaft für die Menschen, anstatt die Menschen für die Wirtschaft funktionieren zu lassen.

Dies geht Hand in Hand mit unseren Überlegungen zur menschlichen Entfaltung: Nur durch eine hochproduktive, weit automatisierte Wirtschaft ist es finanziell möglich und nachhaltig, die Lohnarbeit aus dem Zentrum der Gesellschaft zu rücken. Gleichzeitig kann nur eine Gesellschaft, in der Lohnarbeit nicht mehr im Mittelpunkt steht, Millionen von Stellen automatisieren, ohne dass Menschen sich ihres Lebenssinns und ihrer Würde beraubt sehen.

Automatisierungsentfesselungsplädoyer.

„Was doch eines Tages geschehen muss, sollte lieber gleich geschehen.“

Jane Austen

In dieser Vision zerstört Automatisierung Jobs, aber keine Existenzen. Dank eines bedingungslosen Grundeinkommens können Menschen auch ohne durchgehendes Beschäftigungsverhältnis in Würde leben. Denn: Dank Automatisierung können sie weniger arbeiten, ohne dass die Wirtschaftskraft sinkt. Es entsteht mehr Freiraum für selbstbestimmte Tätigkeiten. Dadurch wird der oben beschriebene Kulturwandel ermöglicht. Lohnarbeit ist nicht länger das einzig dominante Zentrum des Daseins; die heute so wichtige Unterscheidung zwischen 'erwerbstätig' und 'nicht erwerbstätig' verblasst.

Damit unsere Wirtschaft auch für unsere Kinder und Kindeskiner ein Leben in Wohlstand und Würde ermöglicht, muss die Automatisierung selbstverständlich auch ökologisch nachhaltig sein. Sonst ist die Party vorbei, bevor sie anfangen zu tanzen.

Mit vier Elementen wollen wir die Automatisierung vorantreiben: Das Angebot an Arbeit wird verknappt; menschliche Arbeit wird verteuert; ein durchgehend hohes Niveau an Nachfrage geschaffen; und Hindernisse zur Automatisierung werden beseitigt. Konkret:

1. Die Arbeitswoche wird auf 20 Stunden reduziert, das Arbeitsjahr durch eine zusätzliche Woche Urlaub verkürzt. Hinzu kommen die Vorschläge für ein Sabbatjahr und vier neue Feiertage, sowie das bedingungslose Grundeinkommen (siehe unten). Damit wird das Angebot am Arbeitsmarkt reduziert.
2. Der Mindestlohn wird erhöht. Durch die gleichzeitige Verknappung des Angebotes ändert sich das Machtverhältnis am Arbeitsmarkt: Arbeitnehmer sind in einer stärkeren Position. So wird menschliche Arbeit teurer.
3. Durch hohen Mindestlohn, ein bedingungsloses Grundeinkommen, sowie dessen Teilfinanzierung durch Geldschöpfung, wird ein konstant hohes Niveau an Nachfrage geschaffen.
4. Betriebliche Kündigungen werden vereinfacht. Für die Automatisierung und den ökologischen Wandel relevante Investitionen sind sofort abschreibbar. Damit werden Hindernisse für die Automatisierung beseitigt.

Hohe Nachfrage, teure menschliche Arbeit, sowie die Beseitigung von Hindernissen treiben in ihrer Kombination die Automatisierung voran.

Diese muss gleichzeitig nachhaltig gestaltet werden. Dafür wird ein großzügiges Budget für Grundlagenforschung in Umwelt- und Automatisierungstechnologien geschaffen, das durch Einnahmen einer CO₂-Steuer gegenfinanziert wird. Diese Budget wird zum größten Teil in den Ausbau einer weltweit führenden universitären und außeruniversitären Forschungslandschaft gesteckt. Zum anderen Teil wird mit ihm eine Agentur geschaffen, die aufbauend auf Grundlagenforschung gezielt in bahnbrechende, anwendungsorientierte Technologien investiert. Als Vorbild gilt die amerikanische DARPA, die dank hoher Risikotoleranz und exzellentem Personal wegweisende Innovationen wie das Internet, GPS, Spracherkennung, Touchscreens, selbstfahrende Autos, moderne Roboter und vieles mehr auf den Weg gebracht hat.

Die Verknappung und Vertuierung von Arbeit, sowie die zeitgleiche Steigerung der Binnennachfrage würde ein Außenhandelsdefizit hervorrufen. Dies würde durch eine neue EU-Außenhandelspolitik vermieden: Länder und Regionen, die einen ähnlichen Kurs der Automatisierung verfolgten (hohe Löhne, verknappte Arbeit, ein hohes Niveau an Nachfrage), werden in Handelsabkommen bevorteilt, während durch angepasste Zölle

verhindert wird, dass Produkte aus Steuer- und Lohndumpingregionen⁶ die Nachhaltigkeit dieses Wirtschaftsmodells gefährden.

Bonjour **bedingungsloses** Grundeinkommen.

„Menschen mit einer neuen Idee gelten so lange als Spinner, bis sich die Sache durchgesetzt hat.“

Mark Twain

Während die Automatisierung die Produktivität steigert, entfällt mit der Verknappung menschlicher Arbeit und der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens der Beschäftigungszwang. Das ist Ausdruck des Kulturwandels: Wir brechen mit der Logik des Hamsterrads. Die Annahme, jeder müsse erwerbstätig sein, damit die Wirtschaft brummt, ist nicht mehr zeitgemäß.

Diese Vision schafft einen doppelten Freiheitsgewinn: Das bedingungslose Grundeinkommen schafft die Freiheit „nein“ sagen zu können, so dass monotone, vereinsamende oder anderweitig unattraktive Lohnarbeit langfristig verschwindet – oder deutlich höher vergütet werden muss. Wer auf dem Arbeitsmarkt trotzdem keinen Raum zur Entfaltung findet, ist durch das Grundeinkommen befreit vom Zwang, sich feil bieten zu müssen. Und wer in Erwerbsarbeit Erfüllung findet oder zusätzlichen Wohlstand erwerben möchte, kann auf dem Arbeitsmarkt leichter eine gut bezahlte Position finden. Aber sie ist nicht länger ein Zwang für die eigene Existenzsicherung und ein würdevolles Leben.

Zum bedingungslosen Grundeinkommen gibt es bereits eine breite Debatte über unterschiedliche Formen der Ausgestaltung, die wir hier nicht wiederholen möchten. Die folgende Elemente sind von grundsätzlicher Bedeutung:

- Ausgestaltung als *Realeinkommen*: Nicht ein Eurobetrag, sondern ein Lebensstandard (Wohnen, Lebensmittel, gesellschaftliche Teilnahme, Urlaub, unerwartete Sonderausgaben, alltägliche Bedarfsgegenstände wie z.B. Handy, Waschmaschine usw.) wird garantiert. Dieser Lebensstandard wird regional und in bestimmten Zeitabständen in Euro-Beträge umgerechnet. Dadurch wird eine schrittweise geographische Ausweitung möglich, gleichzeitig wird ein über Zeit und Raum faires Niveau erreicht und gehalten.
- Die Finanzierung des Grundeinkommens sowie anderer Sozialleistungen, vor allem der Gesundheitsversorgung, wird vom Arbeitsverhältnis entkoppelt. Sie werden aus

⁶ Dabei geht es nicht um Länder, in denen die Nominallöhne aufgrund geringerer Kaufkraft geringer sind, sondern um Länder, die aktiv Lohndumping betreiben.

Steuern finanziert und nicht mehr aus Sozialabgaben, um so auch weniger geradlinigen Karrieren (mehrfache Job- und Branchenwechsel) gerecht zu werden.

Durch die Auszahlung des Grundeinkommens wird Armut verhindert und ein Mindeststandard garantiert. Zusammen mit seiner Finanzierung durch progressive Steuern, wie zum Beispiel progressive Einkommens-, Kapitalertrags, Erbschafts- und/oder Vermögenssteuern, bekämpft es ökonomische Ungleichheit. Durch die Verhinderung einkommenssegregierter Parallelgesellschaften trägt es also neben der Erweiterung der individuellen Freiheit gleichzeitig zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. So können Menschen in Würde und Wohlstand Seite an Seite leben.

Eine neue Geldpolitik.

„Ein Staat ist nicht einnahmenbeschränkt. Er hält das Währungsmonopol. Die Budgetbeschränkung ist Inflation.“

Stephanie Kelton

Neben dem kulturellen Wandel, den es sowohl benötigt als auch befördert, ist die Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens eine der größten Herausforderungen.

Unser Finanzierungsvorschlag ist zugleich eine fundamentale Umstrukturierung der Geldpolitik: Das bedingungslose Grundeinkommen wird durch eine Mischung von Steuergeldern (vor allem Vermögens-, Einkommens- und Mehrwertsteuer) und zweckgebundenen Direktüberweisungen (Geldschöpfung) der Zentralbank bezahlt.

Diese Mischung wird von Jahr zu Jahr angepasst, um Preise stabil, Arbeitslosigkeit gering und die allgemeine Nachfrage hoch zu halten: bei schwacher Konjunktur ein höherer Anteil an Geldschöpfung, um mehr Nachfrage in den Umlauf zu bringen; bei starker Konjunktur ein höherer Steueranteil, um Nachfrage aus dem Umlauf zu entnehmen.

Die Zentralbank kontrolliert das Risiko von exzessiver Inflation, indem sie selber und unabhängig den Schlüssel zwischen Steuer- und Geldschöpfungsfinanzierung festlegt. Diese Entscheidung trifft sie nach demselben Prinzip, wie sie heute den Leitzins festlegt: die Stabilisierung von Inflation um die 2%.

Die Umstrukturierung der Geldpolitik sichert drei Vorteile:

1. Der Zinssatz, heute Hauptinstrument der Geldpolitik, wird nicht länger zur Konjunktursteuerung verwendet: Konjunkturschwächen werden nicht mehr über Niedrigzinsen abgefedert, sondern über einen höheren Zentralbankanteil am

Grundeinkommen. Durch normalisierte Zinsen erhalten Sparer wieder angemessene Erträge, gleichzeitig wird der Niedrigzinsanreiz abgeschwächt, gefährlich hohe Schuldenberge aufzutürmen und immer abstrusere Finanzprodukte zu schnüren.

2. Quantitative Easing (der Ankauf von Wertpapieren durch die Zentralbank mit neu geschaffenen Geld) kann auf seine eigentliche Aufgabe — die Notrettung eines eingefrorenen Bankensystems — beschränkt werden. Im Gegensatz zur Konjunktursteuerung durch Zinsen hat unsere Vision keine 'Nullgrenze', an der sie ihre Effektivität verliert: Geldpolitik kann also auch in tiefen Krisen zusätzliche Nachfrage schaffen, ohne auf Quantitative Easing zurückgreifen zu müssen. Dies ist nicht nur wirtschaftspolitisch effizienter sondern gleichzeitig verteilungspolitisch gerechter: Quantitative Easing treibt Aktien- und Anleihenurse in die Höhe, was vor allem den Vermögenden zugute kommt, und Sparzinsen gen Null, was vor allem dem einfachen Sparer schadet. Von einem bedingungslosen Grundeinkommen profitieren hingegen alle gleichermaßen.
3. Die Zentralbank kann eine regional differenzierte Geldpolitik betreiben. Heute ist Geldpolitik zugleich für manche zu locker und für andere zu straff. Dies ist sichtbar sowohl innerstaatlich (z.B. Ost- und Westdeutschland oder Nord- und Süditalien) als auch zwischenstaatlich (Deutschland und Griechenland). In dieser Vision kann die Zentralbank regional unterschiedliche Schlüssel setzen, um Inflation flächendeckend stabil bei 2% zu halten. So kann die relative Preisanpassung von der Konjunktursteuerung getrennt werden und der Abstieg von strukturschwachen Regionen abgefedert werden.

III. Demokratie erneuern.

„Der Sinn der Politik ist Freiheit“

Hannah Arendt

Zur gesellschaftlichen Erneuerung gehört auch eine Erneuerung der Politik. Für zu viele Menschen ist unsere demokratische Grundordnung zu einer Selbstverständlichkeit geworden. An der Oberfläche geht es unserer Gesellschaft gut. Aber darunter rumort es. Die Bindeglieder, die Ortsverein mit Kanzleramt, Arbeitswelt mit Gewerkschaften, Bürger mit Politik verbunden haben, sind schwächer geworden. Wo früher vertikale Strukturen den Austausch über soziale Schichten hinweg erleichtert haben, ist heute die Rolle horizontaler Netzwerke, in denen Menschen ihresgleichen zusammenkommen, zentral.

In Brüsseler, Berliner oder Pariser Politikblasen schwindet das Verständnis für die “uninformierte” Basis, bei der Basis wächst das Unverständnis über das Gebaren der politischen Vertreter. Viel zu oft machen sich Politiker nicht mehr die Mühe komplexe Sachverhalte zu erklären. Politische Alternativen werden ohne Debatte abgekanzelt. Die Medien übernehmen einen Großteil der Informationsarbeit, doch auch sie sind oft intellektuell und räumlich zu nah am politischen Alltag und zu weit weg von lokalen Entwicklungen und den täglichen Herausforderungen der Bürgerinnen.

So schwindet die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungsprozesse — Wer hat welche Interessen vertreten? Was waren alternative Lösungen? Inwiefern waren alle relevanten Akteure ausreichend beteiligt? — und damit auch die Legitimität unserer Demokratie.

Klar: Unsere Demokratie ist widerstandsfähig. Aber im Kontext solcher Entwicklungen dürfen wir nicht in Bequemlichkeit verfallen, nur weil es gerade wirtschaftlich gut läuft. Eine Demokratie braucht freie und informierte Bürger, Menschen, die bereit sind für andere die Stimme zu erheben, die Dinge anzupacken und in politischen Institutionen Verantwortung zu übernehmen. Lasst uns unsere Demokratie zukunftsfähig machen!

Freie Partizipation, Mündigkeit und Vertrauen: das sind Schlüsselemente der Demokratie. Sie bedürfen Rahmenbedingungen, die den Herausforderungen der Zeit gerecht werden. Diese Utopie berührt alle drei: Digitale Bürgerrechte, starke und unabhängige Medien und transparente, integrative Institutionen.

Offen. **Digital.** Demokratisch.

„Die Demokratie muss für die digitale Ära ganz neu errungen werden, sonst steht sie ernstlich auf dem Spiel“

Yvonne Hofstetter

Demokratie bedeutet, dass der Demos — das Volk — souverän ist. Niemand sonst, weder der Staat noch private Akteure, darf über souveräne Macht verfügen, solange er nicht vom Volk dazu ermächtigt wurde. Dieses Prinzip gilt zeitlos. Es muss aber regelmäßig neu umgesetzt werden.

Die Digitalisierung ist mehr als nur ein technologischer Wandel. Sie schafft nie dagewesene Möglichkeiten – im Guten wie im Schlechten. So verschiebt sie die Zentren der Souveränität: Datenerfassung in enormen Volumen, Verhaltensvorhersagen mit höchster Genauigkeit, neue Wege der Einflussnahme auf Meinung und Handlung, tief veränderte Kommunikationsstrukturen. Dies sind nur die offensichtlichsten und erkennbarsten Veränderungen, die im Raum stehen.

Zweifelsohne können wir die vollen Konsequenzen dieses Wandels genauso wenig abschätzen wie Gutenbergs Zeitgenossen die langfristigen Folgen der Druckerpressen. Dennoch erkennen wir schon heute, dass sich neue Machtzentren außerhalb demokratischer Kontrolle und ohne demokratische Legitimation bilden: ob durch den Privatbesitz kritischer (Netz)Infrastruktur, persönlicher Daten oder entscheidender Kommunikationsmittel; durch die wachsende Rolle von künstlicher Intelligenz; oder durch die Bildung neuer Machtfülle bei öffentlichen Körperschaften, wie zum Beispiel Geheimdiensten.

Um diese privaten und öffentlichen Machtzentren in Einklang mit Demokratie zu bringen, gehört zu dieser Vision:

1. Eine digitale Grundrechtecharta. Als Leitwerte gelten dabei neben Demokratie und Freiheit die unantastbare und universelle Würde eines jeden Menschen. Drei Cluster von Grundrechten sind besonders wichtig: erstens das Recht auf Privatsphäre, Datenschutz, Vergessenwerden und Datensouveränität; zweitens der freie Zugang zu Kommunikationsdiensten, inklusive eines Rechts auf nicht-personalisierte digitale Angebote sowie ein Recht auf eine schnelle Internetverbindung, die im Zweifelsfall eingeklagt werden kann; und drittens die menschliche Kontrolle von und Verantwortung für Algorithmen und (selbstlernender) künstlicher Intelligenz, was ausdrücklich ein Verbot von vollautomatisierten Waffensystemen einschließt.
2. Besitz und Kontrolle der digitalen Infrastruktur — sowohl Daten als auch Hardware — sollten wie folgt geregelt werden: Das Glasfasernetz sowie die entscheidenden Netzknoten (“Backbone”) sind von grundlegender Bedeutung für das öffentliche und private Leben, genauso wie auch die digitalisierte Steuerung kritischer Infrastrukturen

(Strom, Wasser, Gas, Verkehr etc.). Die öffentliche Hand muss grundsätzlich die Aufsicht über sie haben und zusätzlich zwecks Absicherung gegen Notfälle redundante Infrastruktur aufbauen.

Du, der **Demos**.

„Wahlen allein machen noch keine Demokratie.“

Barack Obama

Demokratie funktioniert nur, wo die politische Willens- und Meinungsbildung gut funktioniert. Aber die Infrastruktur der politischen Willensbildung ist veraltet: Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Vereine, die einst flächendeckend Menschen aller Schichten und jeglicher Herkunft in den politischen Prozess einbanden, haben an Mitgliedern, Verwurzelung und so auch an Legitimität verloren.⁷ Viele Menschen finden sich in der Politik nicht mehr wieder.

Zwei vermeintlich attraktive Irrwege wollen wir vermeiden: Manche sehen die direkte Demokratie, z.B. durch Volksabstimmungen oder ‚liquid democracy‘, als Lösung. Aber Politik ist schwierig; viele haben weder Zeit, noch Interesse, ihr das Leben zu widmen. Wie Oscar Wilde über den Sozialismus, kann man über die Politik im Allgemeinen sagen: Das Dumme an ihr ist, dass sie so viele freie Abende kostet. So besteht bei direkter oder ‚liquid‘ Demokratie stets das Risiko, dass sie zur Herrschaft derer wird, die am stärksten insistieren oder die meiste Zeit investieren wollen — nicht unbedingt eine Verbesserung gegenüber dem Status quo.

Auch eine reine Rückbesinnung auf alte Formen der politischen Willensbildung, z.B. Parteien oder Gewerkschaften, wird nur bedingt Erfolg haben. Die gesellschaftliche Grundlage, die diese Formen früher so effektiv machte, ist nicht mehr gegeben: Homogene Gesellschaftsgruppen mit ähnlichen Weltanschauungen und Interessen, die effektiv in Parteien oder Gewerkschaften zu bündeln waren (‚der Arbeiter‘ oder ‚die Hausfrau‘), haben sich aufgelöst. Unsere Gesellschaft ist vielfältiger und bunter als je zuvor. Die Infrastruktur der politischen Willensbildung muss dieser Tatsache Rechnung tragen.

Um die politische Willensbildung in dieser Utopie demokratischer zu gestalten, fügen wir zwei neue Elemente hinzu.

1. Ein legislatives Initiativrecht für Bürger: Durch die Sammlung einer hinreichenden Anzahl von Unterschriften können Bürger einen Gesetzesentwurf, eine Gesetzesänderung oder ein Gesetzesabschaffungsverfahren direkt ins Parlament einbringen, wo es anschließend diskutiert und beschlossen oder abgelehnt wird. Um

⁷ Die Medien, ebenfalls ein entscheidender Teil der politischen Willensbildung, werden in der nächsten Sektion behandelt.

diesen Prozess weitläufig zugänglich zu machen, wird eine öffentliche Rechtsberatung eingerichtet, zum Beispiel in Zusammenarbeit mit den bereits heute effektiven Verbraucherschutzzentralen. Dort können interessierte Bürgerinnen zu ihren Initiativen beraten werden. So wird die Gesellschaft mit in die Verantwortung genommen, auf neue Herausforderungen mit konstruktiven Vorschlägen zu reagieren.

2. Eine parlamentarische Loskammer, die ein legislatives Initiativ-, jedoch kein Beschlussrecht, besitzt. Die Mitglieder dieser Kammer werden, wie im Schöffengericht, durch Losung bestimmt. Durch das Gesetz der großen Zahlen stellt das Losverfahren sicher, dass diese Kammer des Parlamentes die Bevölkerung in ihrer ganzen Breite und Vielfalt abbildet: Zugewanderte und Geringqualifizierte, Arbeiter und Frauen, junge Menschen und Unternehmerinnen, Hausmänner und Arbeitslose, sowie andere Gruppen, die traditionell in gewählten Kammern unterrepräsentiert sind, sind dort – im Durchschnitt über die Jahre – proportional zu ihrem Anteil in der Bevölkerung vertreten.

Konkret ausgestaltet könnte eine solche Kammer aus 250 Mitgliedern bestehen, die für jeweils 5 Jahre berufen werden. Wie beim Schöffengericht wäre eine Berufung nur in begründeten Ausnahmefällen ablehnbar. Vor einer 4-jährigen Amtszeit könnte man eine 12-monatige theoretische sowie praktische Grundausbildung durchführen, während der die Mitglieder ein angemessenes Gehalt erhalten. Diese Ausbildung könnte zum Beispiel eine Einführung in Verfassungs- und öffentliches Recht, Volkswirtschaftslehre, Ethik und politischer Philosophie enthalten; sowie praktische Referendariate in Verwaltung, der gewählten Legislative und im ausgehendem Losparlament. Um den Mitgliedern neben ihrem öffentlichen Dienst weiterhin ihr Privatleben zu ermöglichen und angesichts der Tatsache, dass diese Kammer nur über ein Initiativrecht verfügt, könnte während der vierjährigen Legislaturperiode die Kammer jeweils eine Woche pro Monat tagen. Für den Wiedereinstieg ins Berufsleben besteht ein Rückkehrrecht auf Vollzeit.

Bitte Nachrichten!

„Das größte Problem des Journalismus liegt darin, einem Auflageninstinkt ohne Rücksicht auf Wahrheit und Gewissen zu widerstehen.“

Joseph Pulitzer

Die Medien sind die vierte Gewalt im Staat. Ihr kritischer Blick soll sicherstellen, dass Legislative, Exekutive und Judikative, sowie mächtige private Akteure, ihre Macht nicht missbrauchen. Für das Funktionieren einer Demokratie sind sie unerlässlich.

Doch diesen Auftrag wahrzunehmen wird durch einen steigenden ökonomischen Druck erschwert. Dadurch entsteht das Risiko einer Abhängigkeit von Werbekunden, Investoren oder einem präferenziellen Zugang zu bestimmten Machtzirkeln, die einer kritischen

Berichterstattung entgegenstehen kann. Gleichzeitig sind sie verleitet, ihre Inhalte verstärkt nach den Interessen einer identifizierten Leserschaft auszurichten, anstatt eigene Themen zu setzen. Darüber hinaus entsteht durch das Sterben von Regional- und Lokalzeitungen eine große geographische Lücke in der medialen Berichterstattung.

Fest steht: die Medienlandschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Lange Zeit waren Zeitungen, Fernsehen und Radio durch monopolartige Marktstellungen davor geschützt, Profite maximieren zu müssen. Sie hatten Geld und Zeit, ihren kritischen, demokratiestützenden Auftrag wahrzunehmen. Doch seitdem das Internet zum neuen Massenmedium emporstieg, werden die traditionellen Medien in ihrem Status massiv herausgefordert. Informationen sind auf einmal überall für jedermann, zu jeder Zeit verfügbar – kostenlos. Einnahmen brechen weg, Redaktionen schrumpfen, die Starken setzen sich durch, die Kleinen verschwinden. Profitmaximierung wird überlebensnotwendig, der kritische Auftrag vernachlässigt.

Eine weitere Herausforderung türmt sich vor den Medien auf und greift die Grundfeste der Demokratie an. Die Glaubwürdigkeit der alteingesessenen Medien wird hinterfragt, ihre Legitimität öffentlich angezweifelt. In Zeiten des Internets findet sich immer irgendwo eine Gegendarstellung, das (digitale) Mobilisierungspotential ist groß. In sozialen Medien entwickeln sich digitale Biotope, in denen immer mehr Menschen von Algorithmen selektiert Meinungen konsumieren, die ihre Weltsicht bestätigen. Die Polarisierung nimmt zu.

Die Medien sind an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig. Einerseits haben sie es lange versäumt, vielleicht auch aus handwerklicher Arroganz, die Herausforderung offensiv anzunehmen. Andererseits hat die Beschleunigung des Nachrichtenzyklus zur Folge, dass weniger erklärt und mehr aufeinander reagiert wird: Die Beziehung zwischen der Hauptstadt- und Lokalpresse, Politikern und Expertinnen wird selbstreferentiell. Journalisten rücken räumlich und intellektuell zu nah an die politischen Eliten und entfernen sich von lokalen Entwicklungen und dem Alltag der Menschen. Die außenstehende Leserin wird ausgeschlossen. Sie kann nicht mehr folgen. Was tun?

1. Finanzierung: Journalismus ist ein öffentliches Gut, essentiell für die Demokratie. Es muss genügend Journalisten geben, die mit einem ausreichenden finanziellen Spielraum ausgestattet sind, um eine kritische Berichterstattung in der Breite zu ermöglichen. Der Journalismus muss frei sein, eigene Themen zu setzen. Durch lesergesteuerte, staatlich finanzierte Subventionen wollen wir dieses Doppelziel erreichen: Ausreichende Finanzierung und redaktionelle Freiheit. Die private Presse erhält eine solidarische pro-Kopf-Pauschale für jeden Leser. Die Pauschale flacht ab, je größer die Leserschaft ist. So werden kleinere Medien stärker unterstützt. Gleichzeitig wird Journalismus in der Breite zugänglich gemacht, damit die soziale Segregation des Medienkonsums nicht durch finanzielle Barrieren zunimmt.
2. Der Presserat wird gestärkt und Verstöße gegen den Pressekodex werden härter geahndet. Insbesondere wird strikt verboten, dass sich einzelne Unternehmer oder Mediengruppen so stark in die Medienlandschaft einkaufen, dass sie die Inhalte mehrerer Medien zensieren oder kontrollieren können. Monopolstellungen einzelner Unternehmen werden verhindert.

IV. Mehr **Europa**. Wirklich!

„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“

Konrad Adenauer

Zweifelsfrei: Die Zeiten, in denen man Probleme allein auf nationaler Ebene lösen kann, sind vorbei. Das bedeutet allerdings noch lange nicht, dass lokale oder nationale Regierungen daher handlungsunfähig sind. Ganz im Gegenteil. Es wird immer Dinge geben, die auf der lokalen Ebene besser gelöst werden können und Dinge, die man nur in Kooperation mit anderen meistern kann. Dabei ist entscheidend, dass sich eine einzelne Regierung, eine ganze Region, niemals bevormundet und in ihrer Entscheidungsfähigkeit beraubt sieht. Politische Verantwortung und politische Handlungsfähigkeit müssen zusammenfallen.

Ohne Frage sind Globalisierung sowie die Internationalisierung der Politik Gründe, warum sich Menschen weniger von ihren gewählten Vertreterinnen repräsentiert fühlen und nationalistische Bewegungen in Europa und Nordamerika einen Lauf haben. Klar könnten wir uns abschotten, unter großen Bemühungen, Globalisierung und Internationalisierung versuchen zurückzudrehen. Aber, wir sind fest davon überzeugt: Nationale Alleingänge im 21. Jahrhundert führen in kleinstaatlerische Sackgassen; der Frieden in Europa, unsere kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten und unser Wohlstand wären langfristig gefährdet. Wir dürfen den Ängsten, die nationalistische Bewegungen ausnutzen, nicht nachgeben und müssen eigene Antworten finden. Mehr regionale Kooperation, mehr Europa — das ist unsere Antwort. Sowohl nach innen, als auch nach außen.

Zurück in die **Zukunft**.

„Es lebe die Europäische Republik!“

Ulrike Guérot

Die Forderung nach „Mehr Europa“ ist in den letzten Jahren zu einer abgenutzten, für viele wenig versprechenden Floskel verkommen. Mit viel Pathos begründen Politiker die Wichtigkeit der EU und des vereinten Europas immer wieder mit dem Blick in die kriegerische, brutale Vergangenheit des europäischen Kontinents. So wichtig und richtig dieser Verweis ist: Das alleine macht die EU nicht aus — schon gar nicht für jüngere Generationen, die im vereinten Europa aufgewachsen sind und die Teilung und den Krieg nur noch aus den Erzählungen der Eltern und Großeltern sowie aus Geschichtsbüchern kennen. Die EU begann als ein Friedensprojekt. Aber heute ist sie viel mehr als das.

Wir müssen das Narrativ der EU auf neue Beine stellen. Wir dürfen das Versprechen des vereinten Europas nicht allein durch den Blick in die Vergangenheit begründen, sondern mit Blick auf die Gegenwart und vor allem die Zukunft. Grenzenlose Mobilität, neue Sprachen, andere Kulturen, europäische Liebesbeziehungen: Viele Errungenschaften der EU sind für Teile der jüngeren Generationen eine Selbstverständlichkeit, sie sind Teil des Alltags, den sie leben. In Europa fühlen wir uns Zuhause.

Darüber hinaus ist Europa für viele Menschen ein Versprechen des sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs, der Gerechtigkeit und der gemeinsamen außenpolitischen Stärke unserer Wertegemeinschaft. Doch viele dieser Versprechen haben Risse erhalten: Zu viele Menschen profitieren nicht oder nicht mehr von ihnen. Sie leben einen Alltag, in dem stattdessen die EU viel zu oft als Alibi für komplexe, unpopuläre Entscheidungen herangezogen wird, auf die nationale Politiker fälschlich vorgeben, keinen Einfluss zu haben. Das nutzen Gegner der EU aus, um Ängste der Menschen auf die EU zu projizieren und in ihrer Existenz zu begründen.

So werden selbst eingehaltene Versprechen — von denen es viele gibt — nicht mehr ersichtlich. Spätestens mit dem Brexit wurde uns die Zerbrechlichkeit des ganzen Konstrukts mit aller Brutalität deutlich. Eine Zerbrechlichkeit, an der sich rechtspopulistische und nationalistische Bewegungen abarbeiten. Einer ganzen Generation wurden auf einmal die Versprechen der EU unter den Füßen weggezogen.

Das darf sich nicht wiederholen. Europäische Strategien und Politik müssen auf die lokale Ebene übersetzt werden. Die Entscheidungskompetenz und die Handlungsfähigkeit lokaler Regierungen, die am nächsten am Alltag der Menschen dran sind, sollte durch die EU gestärkt und nicht geschwächt werden. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen, unabhängig davon, ob er im Süden, Norden, Westen oder Osten der EU lebt. Und jeder einzelne Mensch muss die Möglichkeit haben, die Versprechen der EU zu leben und die Vorteile eines vereinten Europas im Alltag zu spüren.

Ideen, wie das gelingen kann, gibt es Zuhaut. Nur finden sie viel zu selten Fürsprecher in der Politik. Skeptiker und Verfechter der kleinen Schritte bestimmen den Diskurs. Das geht auf Kosten einer gemeinsamen Idee, mit der sich Menschen europaweit identifizieren können und für die sie sich einsetzen wollen. Die EU braucht eine Vision. Europa braucht ein Narrativ, dass in die Zukunft blickt.

Vier Vorschläge:

1. Europa muss eine Demokratie werden: mit Parlament, Regierung und Gerichtsbarkeit. Entscheidungen auf EU-Ebene dürfen nicht länger den Eindruck hinterlassen, man habe sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner stolzer Nationalstaaten in Hinterzimmern des Europäischen Rats geeinigt. Die heutige Kommission wird zur Regierung, Kommissare zu Ministern. Das Subsidiaritätsprinzip wird durch einen klaren Katalog der exklusiven, geteilten und nicht-zuständigen Rechte transparenter und nachvollziehbarer. Die Kompetenzen der Regierung

werden ausgebaut (bspw. exklusive Kompetenz Entwicklungszusammenarbeit; s.u.), die Zahl ihrer Minister hingegen verringert. Der Europäische Präsident wird aus dem Europäischen Parlament gewählt und kann auch durch das Parlament per konstruktivem Misstrauensvotum abgesetzt werden. Die Mitglieder des mit einem Legislativ- und Budgetrecht gestärkten Parlaments werden per Verhältniswahlrecht in der ganzen EU gewählt (1. Stimme Direktkandidat; 2. Stimme für Kandidatin auf einer transregionalen Wahlliste). Bei Anliegen, die die Kompetenzen der Mitgliedstaaten betreffen, schaltet sich die zweite Kammer ein; ein veränderter Europäischer Rat. In ihm sind die nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten repräsentiert. Damit die EU auch nach innen überzeugend für die Werte ihrer Verträge und der EU-Grundrechtecharta eintreten kann, erhält die Kommission ein Sanktionsrecht gegenüber Mitgliedstaaten, die diese strukturell und kontinuierlich verletzen. Die Entscheidung der Kommission kann nur durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Europäischen Rat und einer einfachen Mehrheit im Europäischen Parlament gestoppt werden.

2. Eine enge Verbundenheit mit der Heimat und eine europäische Identität müssen kein Widerspruch sein. Ganz im Gegenteil: In dieser Vision sind Verbundenheit und Heimat europäisch und regional zugleich. Ob Rheinland, Baskenland, Korsika, Galizien, Veneto, Ostfriesland, Katalonien, Südtirol, Bayern oder Vendée — die Liste ließe sich weiter fortführen: Identität und Kultur — manchmal selbst Sprache — haben ihre Wurzeln oft in Europas Regionen und nicht zwangsläufig an den Grenzen der heutigen Nationalstaaten. Daher werden die Regionen in dieser Vision gestärkt: Wo möglich und sinnvoll, werden im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips politische Aufgaben direkt auf die (oft grenzübergreifenden) Regionen übertragen. Kulturelle, sprachliche und administrative Aspekte werden stärker miteinander verflochten. Gleichzeitig wird die europäische Identität gestärkt: Als Ausdruck der europäischen Verbundenheit wird es normal, dass jedes Kind mindestens zwei europäische Sprachen spricht. Und damit junge Menschen frühzeitig positive Erfahrungen mit der europäischen Integration machen können, erhalten sie zum 18. Geburtstag ein Interrail Ticket. Das ermöglicht ihnen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, europäische Luft zu schnuppern, andere europäische Kulturen und Sprachen zu erleben und sich mit Menschen aus anderen europäischen Ländern auszutauschen.
3. Diese Europavision umzusetzen, erfordert mehr als die Abänderung bestehender Verträge. Sie erfordert einen Akt der Neugründung, eine europaweit und unmittelbar gewählte verfassungsgebende Versammlung. Auf dem Weg dahin werden eine Vielzahl an europäischen Konventen organisiert und europaweit ausgerichtet, die den Bürgern Europas eine direkte Mitsprache in diesem Prozess ermöglichen. Während die Aussicht auf eine verfassungsgebende Versammlung den Konventen klaren Sinn und Struktur gibt, dienen die Konvente als mobilisierende und meinungsbildende Momente, die die Versammlung vorbereiten und legitimieren.
4. Europas Demokratie darf nicht am Werkstor oder der Bürotür enden. Mitbestimmung ist ein entscheidendes Gestaltungsprinzip für eine demokratische Gesellschaft und

eine soziale Marktwirtschaft. In diesem Geist haben die Gewerkschaften erfolgreich für ein selbstbestimmten Leben und gute Arbeit im Industriezeitalter gekämpft. Heute müssen sie zur Gestaltung eines sozialen Europas und einer nachhaltigen Transformation des Wirtschaftslebens beitragen. Dafür können wir auf einer einzigartigen Vielfalt von gesetzlichen und tariflichen Mitbestimmungssystemen aufbauen. Durch ein Europäisches Mitbestimmungsgesetz wollen wir die bewährtesten Modelle miteinander verbinden und gemeinsame Mindeststandards schaffen. Dieser Prozess wird in enger Zusammenarbeit mit den europäischen Gewerkschaften vollzogen damit sie gemeinsam zur globalen Durchsetzung von Arbeits- und Sozialstandards beitragen: Sowohl bei der gerechten Gestaltung des digitalen Arbeitsmarkts, als auch in europäischen Unternehmen, die global aktiv sind.

Ehrgeizig. Ehrlich.

„Natürlich muss sich gerade Europa, das einen schlimmen imperialen Kolonialismus zu verantworten hat, davor hüten, anderen Lehren erteilen zu wollen. Aber die spezifischen Lehren aus unsere Geschichte haben dazu geführt, dass wir mit der Europäischen Union ein Projekt geschaffen haben, das einzigartig in der Weltgeschichte ist. Dieses Friedensprojekt mag auch für andere von Interesse sein.“

Martin Schulz

Europa muss den Anspruch haben — auch aufgrund seiner Geschichte — der größte Verfechter von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat zu sein. Die EU basiert auf dem Glauben, dass regionale Integration und Kooperation in Europa Garanten für Frieden, Wohlstand und ein Leben in Würde sind. In keiner Region der Welt werden Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte so sehr gelebt und verteidigt, wie innerhalb der EU. Weltweit wird die EU dafür geschätzt, ja manchmal bewundert.

Doch diesem Anspruch wird die EU in ihrer Außen- und Entwicklungspolitik immer weniger gerecht. Aufgrund intergouvernementaler Entscheidungsprozesse ist die europäische Außenpolitik das Produkt eines Minimalkonsens aller Mitgliedstaaten. Damit scheitert die EU an zwei entscheidenden Punkten: Wo Konsens erreicht wird, dominiert of kurzfristige Sicherheitspolitik; wo kein Konsens erreicht werden kann, ist die EU zu Untätigkeit verdammt — selbst in drängenden Konflikten und dringenden Krisen. Das Ergebnis: Entweder Schweigen, oder eine auf kurzfristige Sicherheitspolitik reduzierte Außenpolitik.

Dabei geht nicht nur unser identitätsstiftender normativer Gestaltungsanspruch verloren, sondern jegliche Form nachhaltiger Entwicklung wird untergraben. So verliert die EU ihre Glaubwürdigkeit gegenüber Partnerregierungen, enttäuscht die Hoffnungen der Menschen, die auf Europa blicken und befördern eine “Jeder für sich”-Mentalität. Das Ziel einer

nachhaltigeren, gerechteren und friedlicheren Welt wird kurzfristigen Sicherheitsinteressen geopfert, die EU-eigene kooperative Strategie konterkariert.

In unserer Vision verfolgt Europa das Ziel einer friedlichen, regelbasierten Weltordnung auf Grundlage des Völkerrechts und der universellen Erklärung der Menschenrechte. Wo Andere, ob im Westen oder Osten, zurück zu Großmachtspolitik und "Power Politics" wollen, muss Europa die Grundsätze der internationalen Kooperation und einer regelbasierten Weltordnung verteidigen. Konkret bedeutet das: Die EU als Mediator für Frieden in Konflikten, als erster Anwalt des Völkerrechts und als Vorbild für und Unterstützer von regionaler Kooperation.

Eine solche gemeinsame Außenpolitik hat zwei innereuropäische Voraussetzungen: Erstens, eine europäische Regierung, die frei von nationalem Dazwischenfunken handlungsbefugt ist, um eine langfristig orientierte Außenpolitik entwickeln und umsetzen zu können; und zweitens, eine Regierungsform, die innereuropäische Interessen ausgleichen kann, um so zu verhindern, dass einzelne Länder oder Regionen sich als permanente Verlierer diese Außenpolitik sehen.

Auch außerhalb Europas sind Innen- und Außenpolitik eng verbunden: Staaten, die nach innen rechtsstaatlich und demokratisch beschaffen sind, sind nach außen friedlicher und verhandlungsbereiter. Das bedeutet: Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat zu verfechten ist nicht nur normativ richtig, sondern auch in unserem eigenem, unmittelbarem Interesse. Dagegen erreicht eine vermeintliche Sicherheitspolitik, die kurzfristiges Abschotten gegenüber nachhaltiger Entwicklung priorisiert, am Ende *weder* Sicherheit für Europa, *noch* Stabilität und Entwicklung für unsere Partner und Nachbarn.

Zwei Vorschläge:

1. Warum muss jedes Mitglied der EU seine eigene Entwicklungspolitik machen? Das führt zu der absurden Situation, dass nationale Egoismen und Konkurrenzdenken eine kohärente europäische Entwicklungspolitik unterminieren. Damit verwirrt man nicht nur seine Partner, sondern schwächt den eigenen Beitrag zur Stärkung des Partnerlandes. Genauso wie heute bereits die Handelspolitik, muss die Entwicklungspolitik eine exklusive EU-Kompetenz sein. Statt intergouvernemental ausgehandelter Minimalkonsense, kann die EU endlich supranational eine kohärente und nachhaltige Entwicklungspolitik gestalten. Dafür wird ein fixes Budget im Haushalt der EU bereitgestellt. Jedes Mitgliedsland wird gemäß der ODA-Richtlinien der OECD dazu verpflichtet, 0,7% seines Bruttonationaleinkommens (BNE) in das Budget der EU einzuzahlen. Die Europäische Kommission ist verantwortlich für eine gemeinsame europäische Strategie in der Entwicklungspolitik, entwickelt und koordiniert Programme und vergibt Aufträge an Partnerorganisationen und -agenturen. In Einklang mit den ODA-Richtlinien werden Gelder nur für entwicklungspolitische Projekte vergeben. So wird einer Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit für nationale Zwecke oder sicherheitspolitische Maßnahmen ein Riegel vorgeschoben.

2. Auch wenn das Ziel europäischer Außenpolitik eine friedliche, regelbasierte Weltordnung ist, gehört zu dieser Vision eine gut organisierte und angemessen ausgestattete europäische Armee. Die Fähigkeit, im Notfall militärisch handeln zu können, ist notwendig zur Selbstverteidigung, um internationale Verhandlungen auf Augenhöhe führen zu können und um in Extremfällen in Einklang mit der internationalen Schutzverantwortung — sprich bei Genozid, ethnischer Säuberung, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit — eingreifen zu können.

#morgenmachen

Morgen startet heute.

Die Autoren

Das Pariser Manifest stellt fest: der Sozialdemokratie fehlt eine Vision. Deshalb steckt sie in der Krise. Denn erst durch das Formulieren von Visionen macht sich Politik handlungsbereit. Nur so gelingt es, Menschen für Veränderungen zu begeistern und das Vertrauen der Menschen zu gewinnen.

Wir sind überzeugt: Es ist allerhöchste Zeit für eine neue sozialdemokratische Utopie. Sie muss der Kompass auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft sein.

Eine solche Utopie ist hier skizziert: Sie rückt Erwerbsarbeit aus dem Zentrum, um so der freien menschlichen Entfaltung mehr Raum zu geben; sie entfesselt die Automatisierung, fördert Fortschritt und steigert nachhaltig unseren Wohlstand. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen und neuen Formen des Zusammenlebens ermöglicht sie Menschen ein Leben in Würde. Mit institutionellen Innovationen und einer neuen Medienpolitik macht sie unsere Demokratie fit für die Zukunft. Und mit einem selbstbewussten Bekenntnis zu einem ehrlich demokratischen, weltwärts gewandten Europa betten wir diese Vision in einen größeren Kontext ein und schaffen die Grundlage für ein Leben in Frieden.

Aufgewachsen in einer Zeit der politischen Kurzsichtigkeit, wollen wir das Fliegen auf Sicht, das künstliche Verengen der politischen Debatten beenden. Wir erwarten mehr von der Politik! Wir wollen die Grenzen des Denkbaren aufbrechen. Denn: Der technische und soziale Fortschritt erlauben es uns schon heute, ganz aktiv eine Zukunftsgesellschaft zu konstruieren, die neue Maßstäbe setzt. Wir können so viel mehr!

Dieser Beitrag dient als Start einer Debatte. Steigt ein. Mit Freunden, Verwandten und Kollegen; in Schulen, in Wohnzimmern, auf der Straße, online. Tweetet eure Meinung, eure Ideen und fangt an mit #morgenmachen. Mailt das #PariserManifest an Interessierte, schreibt ein Gegen-Manifest oder entwickelt eigene Ideen auf unserem Blog: Unsere Zukunft geht uns alle an. Nehmen wir sie in die Hand!

Email: parisermanifest@morgenmachen.eu

Webseite: morgenmachen.eu